

Willens, durch Druck in Berlin und Genf die Ernsthaftigkeit und Unbeugsamkeit ihres Standpunktes zu erhärten.

In den beiden ersten Phasen der Saarverhandlungen waren die Saarparteien trotz der immer wiederholten Wendung, daß sie lieber bis 1935 warten als in der Grubenfrage nachgeben wollten, letztlich der Überzeugung, daß Frankreich angesichts dieses eindeutigen Willens der Saarbevölkerung einlenken werde. Diese Auffassung war bei ihnen durch die Eigenart ihrer jahrelangen nationalen Selbstverteidigung wie durch den Versailler Vertrag, in dem der Bevölkerung ausdrücklich das Selbstbestimmungsrecht zugestanden war, bedingt. Für die Parteien stand deshalb auch immer der politische Gesichtspunkt des für Frankreich beschämenden Ausganges eines Plebiszits im Mittelpunkt. Sie sahen darin ein entscheidendes Druckmittel für die Verhandlungen. Als sich schließlich die Erkenntnis aufdrängte, daß die Saarverhandlungen wahrscheinlich an der Grubenfrage scheitern würden, war man besonders in Kreisen des Zentrums bestürzt. Eine Reihe der führenden Zentrums Politiker neigte zu einer Revision der schroffen Haltung, die man am 8. Januar gegenüber möglichen deutschen Angeboten eingenommen hatte. Man begann sich zu fragen, ob die Erregung der Saarbevölkerung und die Haltung der Presse den Verhandlungen dienlich gewesen sei. Nach einem Gespräch mit Levacher, Becker und Kiefer wandte sich Koßmann an Legationsrat Friedberg¹⁷⁴, um ihm von diesem Stimmungswandel zu berichten, der aus der Angst geboren sei, daß die Verhandlungen und die sofortige politische Rückkehr nach Deutschland scheitern könnten. Es fand eine nochmalige Sitzung mit dem Gremium A statt¹⁷⁵, in der die Parteivertreter mit Ausnahme Brauns sich hinter die Vorschläge und die Verhandlungsweise der Delegation stellten, während die Vertreter der Freien und der Christlichen Gewerkschaften weiter zur Vorsicht mahnten. Für den Fall, daß die sofortige Rückgliederung zu erreichen sei, erklärte sich schließlich Braun mit allen von der deutschen Delegation geplanten Zugeständnissen, ausgenommen die Weiterverpachtung der Grube Frankenholz, einverstanden. Der Standpunkt der saarländischen Vertreter hatte sich also gegenüber dem 8. Januar gemildert, aber letztlich blieb der Rahmen eines möglichen Nachgebens gegenüber den französischen Grubenwünschen eng begrenzt. In diesem Zentralproblem der Verhandlungen war zudem eine eigenartige Situation entstanden. Die Partei Röchlings, die besonders in Frankreich als Exponent des nationalen Kampfes galt, war zu weitestem Entgegenkommen in der Grubenfrage bereit¹⁷⁶, während die Sozialdemokratische Partei als Vertreterin der Verständigungspolitik die schroffste Haltung gegenüber den französischen Wünschen einnahm¹⁷⁷. Die kritische Haltung der Sozialdemokraten gegenüber einem Teil der geplanten deut-

¹⁷⁴ A. A., a. a. O., Bd. 9, II SG 810, in diesem Aktenstück alles über diesen Vorgang.

¹⁷⁵ Ebenda, Bd. 9, II SG 836, Datum fehlt in der Aufzeichnung.

¹⁷⁶ Davon zeugen noch weitere Aktenstücke, z. B. A. A., a. a. O., Bd. 3, St. 26, ein Vortrag Röchlings im Reichsverband der Deutschen Industrie in Leverkusen; prinzipiell vertrat Röchling aber den Standpunkt, daß die Gruben in preußischen und bayerischen Staatsbesitz zurückkehren müßten, dazu ebenda, Bd. 2, St. 8; ebenda, Bd. 8, II SG 789.

¹⁷⁷ So auch Lambert, a. a. O., S. 166.